

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Stadt gibt uns immer wieder einen neuen Anlass zum Blick in die Geschichte. Nach der Erinnerung an Kriegsende und Befreiung vor siebzig Jahren ist es im Juni ein Termin, der mit unserem Bezirk besonders verbunden ist: Am 24. Juni vor 67 Jahren begann die Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion.



Abgeschnitten von den Versorgungswegen wurde der Westteil der Stadt durch eine Luftbrücke versorgt. Fast 280.000 Flüge erfolgten damals. Noch heute zeugt das Luftbrückendenkmal vor den Toren des ehemaligen Tempelhofer Flughafens vom Engagement der Piloten, aber auch von elf Monaten der Ungewissheit, der Angst und des Hungers, von denen viele ältere Menschen in unserer Stadt noch heute lebhaft berichten können.

Aus dieser einschneidenden Erfahrung und der späteren Berliner Teilung speist sich noch heute Berlins Anspruch, eine Stadt der Freiheit zu sein. Eine Freiheit, nach der sich viele sehnen. Auch diejenigen, die sich in Syrien oder südlich des Mittelmeers zu tausenden auf den Weg machen, um vor Krieg und Unfreiheit zu fliehen. Wenn wir dieser Tage zahlreich über ihre Schicksale und das Recht auf Asyl sprechen, dann dürfen wir nie vergessen, dass auch unserem Berlin mehr als einmal geholfen werden musste, seine Freiheit zu finden und zu verteidigen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre Dilek Kolat
Vorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg



Abwechslung vom Alltag: Kinder von Geflüchteten besuchen mit Mitgliedern der SPD und der Arbeiterwohlfahrt Tempelhof-Schöneberg den Berliner Zoo.

Bild: Petra Rudolphi-Korte

Wichtig ist die Begegnung

Zur aktuellen Situation von Geflüchteten in unserem Bezirk

Die Welt ist im Aufruhr und die Folgen machen sich auch in unserem Bezirk Tempelhof-Schöneberg bemerkbar. 50 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, Diktatoren, Hunger und Diskriminierung, suchen für sich und ihre Familien Sicherheit und Perspektiven.

Das stellt Deutschland vor große Herausforderungen nicht nur bei der Bereitstellung von Unterkünften, denn viele Geflüchtete sind traumatisiert. Berlin nimmt nach einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern fünf Prozent der Asylsuchenden auf. Das werden in diesem Jahr etwa 20.000 Menschen sein - zu zwei Dritteln im erwerbsfähigen Alter.

Damit die Integration ge-

lingen kann, setzt sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert für direkte Begegnungen und einen Austausch mit den Menschen ein. „Zu einem gelingenden Willkommen gehört gerade am Anfang das intensive Zuhören“, sagt die Politikerin, die ihre neuen Nachbarn willkommen heißt. Die Abgeordnete hatte Ende April zu einem Frühstück ins Flüchtlingsheim in der Colditzstraße in Tempelhof eingeladen, um mit Anwohnern, Vereinen, Verbänden, Kirchen, der Polizei sowie Vertretern der SPD aus der Bezirksversammlungsversammlung und dem Abgeordnetenhaus über die drängendsten Probleme zu sprechen. Mehr als 50 Personen kamen zu dem Tref-

fen, die sich ein Bild vom Alltagsleben der Flüchtlinge und ihrer Probleme machen konnten.

Die Heimleiterin Rim Fahra berichtete von Schwierigkeiten, die Außenstehende nicht vermutet hätten. So habe das Bürgeramt kaum freie Termine, so dass die Anmeldung für die Flüchtlinge mühsam und zeitraubend sei. Flüchtlinge erhielten zwar ein Bahnticket für die Fahrt nach Berlin, aber keine Billets für Fahrten zum Landesamt für Gesundheit und Soziales, bei dem sie sich zwingend melden müssen. Werden die Betroffenen beim Schwarzfahren erappt, schmälert das ihre Chancen, auf Dauer in Deutschland zu bleiben.

Frank Zimmermann, in-

nenpolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus sagte zu, im Parlament nach tragbaren Lösungen zu suchen. Er will sich auch dafür einsetzen, dass eine ungleiche Behandlung vermieden wird. So etwas sei nicht nachzuvollziehen, sagte Zimmermann zum Bericht eines Bootsflüchtlings aus Syrien. Der junge Mann war mit seinem Bruder nach Deutschland gekommen und wartet noch immer auf seine Anerkennung. Der Bruder hat sie schon längst in der Tasche.

Volker Warkentin

Mehr zum Thema:
Angebote aus der Nachbarschaft

Seite 2

IN DIESER AUSGABE

NEUE RUNDE IM IMMOBILIENSTREIT

BImA klagt gegen den Bezirk wegen der Häuser Katzler-/Großgörschenstraße.

Seite 2

STADTBLATT THEMA: BERLIN WÄCHST

Wie funktioniert der Interessenausgleich

Seite 3

BUNDESGARTENSCHAU

Ein Besuch in Brandenburg an der Havel lohnt

Seite 5

EINE FRAGE DER EHRE?

Die „Heroes“ beschäftigen sich mit Wertevorstellungen des türkischen und arabischen Kulturkreises

Seite 7

Tempelhofer Feld: Jeder hat mal Bedürfnisse

Lebendige Diskussion über die Gestaltung des riesigen Flughafengeländes

Keine Teilbebauung auf dem Tempelhofer Feld, war im vorigen Jahr das Ergebnis einer Volksabstimmung. Aber dennoch muss das riesige Gelände irgendwie gestaltet werden. Dazu gingen Hunderte Vorschläge aus der Bevölkerung ein, über die etwa 50 Interessierte am 8. Mai erstmals in mehreren Gruppen diskutierten.

Und weil sie mit heißen Debatten gerechnet hatten, teilten die Organisatoren jeder Gruppe eine Mediatorin oder einen Mediator zu. Das sollte sich als kluge Entscheidung erweisen, denn schon beim Thema Bänke ging es hoch her: Muss man beim Entspannen unbedingt sit-

zen? Reichen dafür nicht auch Strohballen oder Baumstümpfe? „Die Bänke könnten doch von Flüchtlingen gebaut werden“, schlägt ein Teilnehmer vor. „Du immer mit deinen Flüchtlingen!“ zischt sein Sitznachbar. In Gruppen entsteht eben Gruppendynamik.

Und wie ist es mit Toilettenhäuschen? „Feste Gebäude sind nach dem Tempelhofer-Gesetz verboten!“ gibt die Mediatorin zu bedenken. Aber stinkende Dixi-Klos will auch keiner haben. Der Vorschlag, fahrende Rikscha-Toiletten über das Feld zu verteilen, wird als nicht praktikabel eingestuft. So wird das Thema erst einmal

vertagt. Auch über die Forderung, streng abgegrenzte Raucherzonen auf dem

freien Feld einzurichten, wird gestritten. Am Ende steht ein Nein zur Qualm-



Zeichnung von Petra Rudolphi-Korte

beschränkung. Denn sonst müsste für die Kontrolle der Raucher teures Personal eingestellt werden.

Die nächsten Wochen soll es weitergehen mit Werkstattforen zu den Themen Naturschutz, Freizeit, Sport, Geschichte und Kultur – jeden Montag bis zum 6. Juli von 18 – 21 Uhr. Voraussichtlich im Oktober wird das Ergebnis, der „Entwicklungs- und Pflegeplan für das Tempelhofer Feld“ dem Abgeordnetenhaus übergeben.

Wer sich informieren oder beteiligen will, kann das direkt auf dem Feld tun oder auch im Internet:

tempelhofer-feld.berlin.de
Petra Rudolphi-Korte

THEMA GEFLÜCHTETE



Liebe Leserinnen und Leser,

viele Menschen sind besorgt über die vielen Krisen und Kriege weltweit. Millionen sind auf der Flucht, versuchen sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Viele finden nach langer Flucht in Deutschland und Berlin Sicherheit vor Terror und Verfolgung.

Der Senat nimmt seine Verpflichtung diesen Menschen gegenüber sehr ernst. Wir wollen die Erstaufnahme überall verbessern und langfristig Arbeit, Ausbildung und Wohnungen bieten.

Natürlich wissen wir, dass dabei Rücksicht auf die Nachbarschaften und frühzeitige Informationen wichtig sind. Sorgen kann man nicht weg beschließen, man muss zeigen, dass sie unberechtigt sind.

Ich bin stolz auf die Berlinerinnen und Berliner. Sie gehen Populisten mit ihren einfachen und menschenverachtenden Parolen nicht auf den Leim. Überall, wo die Menschen in Not Unterkunft finden, ist die Hilfs- und Spendenbereitschaft groß. Senat und Bezirke unterstützen die Initiativen, wo es möglich ist und ich danke Ihnen allen, dass Sie unsere Berliner Willkommenskultur so engagiert mittragen.

Michael Müller

Regierender
Bürgermeister

Bild: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Marco Urban

MELDUNG

LÖCKNITZ-SCHULE
AUSGEZEICHNET

Das Deutsche Kinderhilfswerk hat die Schöneberger Löcknitz-Grundschule als Kinderrechteschule ausgezeichnet. Im Rahmen eines vom Bundesfamilienministerium geförderten Modellprojektes werden Schulen angeregt, die Vermittlung von Kinderrechten zu einem Leitgedanken ihrer Einrichtung zu machen. An der Löcknitz-Schule in der Berchtesgadener Straße beschäftigten sich im Jahr 2014 alle Lebenskinder mit dem Thema Kinderrechte. Daraus ist eine Ausstellung entstanden, die auch über die Schule hinaus Anerkennung gefunden hat.

Angebote aus der Nachbarschaft

Sozialer Kontakt und praktische Hilfe für geflüchtete Menschen

Viele wollen den Flüchtlingen helfen. Das Interesse an ehrenamtlichem Engagement groß und vielfältig, wie bei einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert deutlich wurde. „Ich bin glücklich über meine Nachbarschaft, in der sich das bunte und vielfältige Leben in Tempelhof-Schöneberg wiederfindet“, freut sich die Politikerin über das Ausmaß der Hilfsbereitschaft.

Nachfolgend erste Ideen für ein bürgerschaftliches Engagement:

- Die VertreterInnen von Outreach - Mobile Jugendarbeit Berlin boten an, die in der Einrichtung lebenden Kinder und Jugendli-

chen in ihre Freizeitangebote einzubinden.

- Eine Dolmetscherin, die im Flüchtlingsheim in Köpenick das Projekt „Garten der Hoffnung“ begleitet, bietet das auch in Tempelhof an.
- Mehrere Kirchengemeinden möchten unterstützend tätig werden, sei es mit Beschäftigungsangeboten, Hilfen bei Hausaufgaben und dem Erlernen der deutschen Sprache.
- Die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Berlin-Tempelhof ist bereits in der Flüchtlingsberatung tätig und will auch der Erstaufnahmeunterkunft in der Colditzstraße für Beratungsangebote zur Verfügung stehen.

- Die Vertreter des nahegelegenen Vivantes Wenckebach-Klinikum haben Unterstützung bei der medizinischen Versorgung zugesagt. Sie wollen klären wie den Geflüchteten geholfen werden kann.
- Der Sportverein Germania 1888 bietet an, dass die Flüchtlinge mit den Vereinsmitgliedern Sport treiben können.
- Das Werkhaus Antirrost möchte gerne einen Handwerkerdienst mit anerkannten Flüchtlingen aufbauen.
- Das Nachbarschaftsheim Schöneberg und das Nachbarschafts- und Selbsthilfefzentrum in der Ufa-Fabrik (NUZS) stehen für Kooperationen und Pro-

jekte bereit. Zudem wird das NUSZ ein Netzwerk zur Beschäftigung von noch nicht anerkannten Flüchtlingen begründen.

- Das Nachbarschaftsheim Schöneberg will seine Integrationslotsinnen auch der Flüchtlingsunterkunft in der Colditzstraße zur Verfügung stellen. Sie bemühen sich derzeit darum, weitere Integrationslotsinnen beschäftigen zu können.

Auch zivilgesellschaftliches Engagement braucht Strukturen

Die Erfahrung zeigt, dass auch ehrenamtliches Engagement Strukturen braucht, sei es im Rahmen von Selbstorganisation, sei es durch bezirkliche Koordination.

Die große Motivation der ehrenamtlichen Kräfte darf nicht enttäuscht werden.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg gibt es derzeit drei Flüchtlingseinrichtungen:

- das Aufnahme- und Übergangswohnheim Marienfelde, welches vom Internationalen Bund betrieben wird
- das Georg-Kriedte-Haus, ein Wohnheim für Flüchtlinge am Kirchhainer Damm (Lichtenrade), in Trägerschaft des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks
- die Erstunterkunft in der Colditzstraße, Tempelhof (ein Antrag als Übergangswohnheim ist gestellt).

Volker Warkentin

Jugendberufsagentur kommt

Start in unserem Bezirk noch 2015

Vier Bezirke starten noch in diesem Jahr mit der Einrichtung regionaler Anlaufstellen der Jugendberufsagentur Berlin.

Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Spandau werden die ersten Anlaufstellen einrichten, in denen die Berufsberatung der Agenturen für Arbeit, U25-Teams der Jobcenter und neu bestellte Beraterinnen und Berater der Jugendhilfe und berufliche Schulen für den Übergang von der Schule in den Beruf unter einem Dach arbeiten. Die Beratung für sozialintegrative Leistungen wird ebenfalls einbezogen.

Was ist die Jugendberufsagentur?

Das übergreifende Ziel der Jugendberufsagentur Berlin ist es, jeden Jugendlichen oder jungen Erwachsenen zu einem Berufsabschluss zu führen. Junge Menschen werden umfassend und auch aufsuchend beraten und ihre Zielperspektiven sollen geklärt werden.

Unversorgte Jugendliche oder solche, die einen Qualifizierungsplatz nach der 10. Klasse nicht antreten, werden systematisch von der Jugendberufsagentur kontaktiert. Alle Beratungs- und Unterstützungsprozesse an den allgemeinbildenden Schulen sind mit den anderen Berufs- und Studienorientierungsangeboten im Unterricht festgeschrieben.

Eine positive Bilanz

Der SPD geführte Senat hat in den letzten drei Jahren gezeigt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin wirksam bekämpft werden kann. Wir konnten die Jugendarbeitslosigkeit von 14% im Jahr 2011 auf jetzt

11 % senken. Das reicht uns aber nicht! jeder arbeitslose Jugendliche ist einer zu viel! Mit der Jugendberufsagentur geht Berlin den nächsten Schritt auf diesem erfolgreichen Weg. Sie vereint unter einem Dach und aus einer Hand alle unsere Angebote für einen gelungenen Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung. Unser Ziel ist, dass kein Jugendlicher mehr verloren geht. Eine betriebliche Ausbildung ist die beste Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das belegt die Statistik, da 75 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen keine Berufsausbildung haben. Die betriebliche Ausbildung sichert auch den Berliner Unternehmen ihre Fachkräfte.

Eine Jugendberufsagentur für Tempelhof-Schöneberg

In Tempelhof-Schöneberg ist geplant die Jugendberufsagentur in der Alarichstraße zu errichten, das heißt im Zentrum des Bezirks und damit für alle Jugendlichen gleichermaßen gut zu erreichen. Als Schwerpunkt hat sich der Bezirk zum Ziel gesetzt, Jugendliche auf ihrem Weg in den Beruf optimal zu unterstützen. Die Jugendberufsagentur ist ein wichtiger Meilenstein dafür.

Die Jugendberufsagentur wird ein Erfolg, wenn alle – Jugendliche, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Unternehmen – an einem Strang ziehen und die Chance nutzen.

Dilek Kolat



Streit um Immobilien des Bundes

Großgörschen- und Katzlerstraße: Ring frei für Runde drei

Der Bund verklagt das Land Berlin - oder genauer: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Damit geht das Ringen um drei Wohnhäuser in der Großgörschen- und Katzlerstraße nun in eine neue Runde.

Die BImA veräußert Liegenschaften des Bundes, die der Bund nicht mehr benötigt. Vor gut einem Jahr eröffnete sie das Bieterverfahren für die Schöneberger Mietshäuser. Ziel: Verkauf an den meistbietenden Investor. Die städtische Wohnungsgesellschaft Gewobag beteiligte sich mit einem Angebot in Höhe von 6,3 Mio. Euro, doch private Investoren legten 7,8 Mio. Euro auf den Tisch. Ein klares Signal dafür, dass sie anders als die Gewobag keine mietervertragliche Fortsetzung bezahlbaren Wohnens planen, sondern einen einseitig auf Rendite ausgerichteten Vermarktungspfad.

Der Bezirk und das Land Berlin ergreifen alle Mittel zur Dämpfung von Mietsteigerungen und zur Erhaltung durchmischter Kieze. Deshalb wurde für das betroffene Gebiet um die Bautzener Straße am 26. August 2014 eine so genannte soziale Erhaltungssatzung erlassen.

Das ist ein Instrument für Gemeinden, damit sie die soziale Zusammensetzung von Wohngebieten erhalten können. In der Folge werden Luxussanierungen dann genehmigungspflichtig und die Verdrängung von MieterInnen erschwert. Die Erhaltungssatzung räumt den Kommunen auch ein Vorkaufsrecht ein. Davon hat Bezirk im Fall der Miethäuser in der Großgörschen-/Katzlerstr. hat der Bezirk nun davon Gebrauch ge-



Bunte Solidaritätsbekundung am Haus Katzlerstraße 13, einem Hausprojekt der Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe. Die benachbarten Häuser Katzlerstr. 10-11 und Großgörschenstr. 25-27 wurden von der bundeseigenen Immobiliengesellschaft BImA zum Höchstpreis angeboten.

Bild: Ulrich Horb

macht. Er bietet der BImA den gutachterlich festgestellten Verkehrswert von 6,3 Mio. Euro durch die städtische Gewobag.

BImA und privater Investor hätten den Vorkauf abwenden können durch den vertraglichen Ausschluss von Luxussanierungen. Doch die Chance verstrich. Stattdessen klagt die BImA nun und bestreitet, dass der Bezirk das durch Baugesetzbuch eingeräumte, Vorkaufsrecht ausüben darf. Die Klärung der Frage liegt nun bei den Gerichten.

Aber auch die Bundespolitik ist gefordert: Während Bezirk, Land und auch der Bund selbst zahlreiche Maßnahmen für bezahlbares Wohnen ergreifen - darunter das Mietenbündnis, Neubau von Wohnungen, Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot, Aufkauf der BImA-Wohnungen durch das Land Berlin sowie die Mietpreisbremse - konterkariert Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) mit der Liegenschaftspolitik der ihm unterstellten BImA diese Anstrengungen. Durch Höchstpreisverfahren beim Verkauf der bundeseigenen

Immobilien steigen die Mieten unweigerlich.

Um dies zukünftig zu verhindern, hat die SPD-Bundestagsfraktion auf Initiative der Berliner SPD-Abgeordneten bereits im November vergangenen Jahres einen Beschluss zur sozialen Neuausrichtung der BImA-Politik gefasst. Nun warten die Mieterinnen und Mieter nicht nur in Schöneberg darauf, dass sich endlich auch die CDU und der Bundesfinanzminister bewegen.

Manuela Harling

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber

SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 7812283
spd-tempelhof-schoeneberg.de
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat
Auflage: 20.000

Redaktion dieser Ausgabe

Eva Liebchen, Frank Zimmermann, Ingo Siebert, Manuela Harling, Mario Grotjohann, Petra Rudolphi-Korte, Sabine Mauer, Dr. Stefanie Schmidt, Ulrich Horb, Volker Warkentin
Satz und Layout:
interdialog.berlin, spd.berlin
Druck:
Henke Pressedruck, Berlin

STADTBLATT-THEMA: BERLIN WÄCHST. WIE FUNKTIONIERT DER INTERESSENAUSGLEICH?

Realismus
bewahren

Stadtblatt-Interview mit dem Berliner
Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen

Berliner Stadtblatt: Berlin ist eine solidarische Stadt. Wäre es nicht auch ausgesprochen solidarisch, zum Beispiel die Mieten in Sozialwohnungen so zu subventionieren, wie es die Initiatoren eines Volksbegehrens jetzt fordern?

Matthias Kollatz-Ahnen: Was auf den ersten Blick solidarisch klingt, begünstigt bei näherem Hinsehen tatsächlich nur eine vergleichsweise kleine Bevölkerungsgruppe. Und verursacht dabei so hohe Kosten, dass zentrale Bereiche der Stadt auf Jahre unterfinanziert bleiben werden, nämlich Kitas und Schulen genauso wie Krankenhäuser, die Sanierung der Straßen oder die Arbeit in den Bezirken – alles Sektoren, die angesichts des starken Bevölkerungswachstums in Berlin enorm gefordert sind. Gerade deshalb kommt es aber darauf an, im Rahmen des Möglichen in alle wichtigen Bereiche gleichermaßen zu investieren.



Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Foto: Anno Dittmer/SenFin

Mit welchen Kosten muss beim Mieten-Volksbegehren insgesamt gerechnet werden, wie vielen Menschen könnte damit Ihrer Einschätzung nach geholfen werden?

Die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat kürzlich die amtliche Kostenschätzung in Höhe von 3,3 Mrd. Euro für den Zeitraum 2017 bis

2021 vorgelegt. Wir haben – basierend auf dieser Rechnung – eine Nettobetrachtung angestellt und die ohnehin schon in den Haushalt eingestellten Mittel für den Wohnungsneubau abgezogen. Diese belaufen sich über den Fünf-Jahres-Zeitraum auf rund 500 Mio. Euro, so dass wir insgesamt mit Mehrkosten von 2,8 Mrd. Euro rechnen, sollte die Initiative erfolgreich sein. Begünstigt würden damit etwa 80.000 Haushalte, denn die gewünschte Subvention betrifft nur die öffentlich geförderten Sozialwohnungen. Das sind rund 120.000 Wohnungen oder 6,4 Prozent des gesamten Bestandes. Die Bewohner von zwei Drittel dieser Wohnungen hätten nach den Plänen der Initiatoren Anspruch auf Mietensubventionen.

Im Bildungsbereich kündigt sich ein neues Volksbegehren an, das mehr Geld fordert. Gleichzeitig gilt ab 2020 die Schuldenbremse. Wie kann damit umgegangen werden?

Das ist genau der Punkt. Berlin ist nicht nur Konsolidierungsland, sondern unterliegt ab 2020 auch den im Grundgesetz aufgenommenen Regelungen zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme. Und die liegt für Berlin bei null. Die Finanzplanung geht davon aus, dass es gerade möglich ist, 2020 ohne Neuverschuldung auszukommen, wobei gegenüber heute noch 1 Mrd. Euro pro Jahr an Soli wegfallen. Ausgaben in einem Bereich haben also automatisch Konsequenzen für die Ausstattung anderer Bereiche. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die überproportionale Berücksichtigung eines Anliegens zwangsläufig auf Kosten anderer, ebenso wichtiger Themen geht.



Berlin ist eine schnell wachsende Stadt. Immer mehr Menschen ziehen nach Berlin, die Stadt wird voller, lauter und schneller. Dies sozial gerecht zu gestalten ist die große Aufgabe, vor der wir heute in Berlin stehen.

Wir brauchen mehr Wohnungen, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Sportanlagen und soziale Einrichtungen. Die Bürgerämter haben mehr zu tun, wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher, mehr Lehrerinnen und Lehrer. Unsere Verkehrsinfrastruktur muss immer mehr Verkehr bewältigen – die BVG, die S-Bahn, aber auch un-

sere Straßen und Radwege. Das bedeutet: Wir müssen jetzt massiv in Berlins Zukunft investieren. Doch gleichzeitig muss Berlin nach wie vor seinen Landeshaushalt konsolidieren und die Altschulden abtragen.

Ja, wir brauchen mehr zusätzlichen Wohnraum, damit die Mieten leistbar bleiben. Das bedeutet Wohnungsneubau an vielen Stellen in der Stadt. Und obwohl wir sehr viel Geld – allein mit dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) eine halbe Milliarde Euro – zusätzlich für Investitionen zur Verfügung stellen, können wir nicht alle erforderlichen

Maßnahmen gleichzeitig angehen. Und wir brauchen an vielen Stellen mehr Personal in der Verwaltung, in Schulen und in der Kinderbetreuung – auch hier können wir nicht alle berechtigten Wünsche sofort erfüllen.

Trotzdem: Ich bin davon überzeugt, dass wir in Berlin diese Herausforderung meistern werden. Das erfordert allerdings auch Solidarität und Rücksichtnahme innerhalb der Stadt. In einer gerechten Stadtgesellschaft darf nicht immer der Stärkste oder Lauteste seine eigenen Interessen gegen alle anderen durchsetzen. Es geht darum, einen fairen Interessenausgleich zu finden.

Die Berliner SPD tritt dafür ein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt zu stärken und dabei das gesamtstädtische Interesse im Blick zu behalten. Wir sind die Berlin-Partei.



Jan Stöß ist Vorsitzender der SPD Berlin. Foto: D. Bleicker/SPD Berlin

Suche nach einem Kompromiss

Andreas Geisel: „Wohnungsbau nicht an Einzelinteressen scheitern lassen“

Ohne Neubau sind die steigenden Mieten nicht in den Griff zu bekommen. Darin sind sich die Experten einig. Der Berliner Senat will folgerichtig die Neubaulzahlen mehr als verdoppeln – auf jährlich 10.000 bis 15.000. Doch bei vielen Bauprojekten regt sich Widerstand in der Nachbarschaft.

„Wir haben zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Mieten in Berlin zu dämpfen. Diese Instrumente sind ausgeschöpft. Jetzt geht es darum, zügig und in großem Stil das Angebot an Wohnungen zu erweitern“, sagt Berlins

Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD). Von 2011 bis 2014 sind rund 175.000 Menschen nach Berlin gezogen. Aber auch Berlinerinnen und Berliner sind auf Wohnungssuche, wenn sich Nachwuchs einstellt oder sich die Lebenssituation ändert. Nachfrage, die mietsteigernd wirkt.

Größere Bauprojekte wie am Mauerpark zwischen Mitte und Pankow hat der Senat deshalb jetzt an sich gezogen. Seit zehn Jahren wird dort gestritten. „Wenn an einer Stelle 700 Wohnungen gebaut werden können, ist das nicht mehr eine Frage der direkten Nachbar-

schaften. Hier betrifft es das Gemeinwohl und liegt im Interesse der ganzen Stadt“, so Andreas Geisel.

Noch größer ist das Vorhaben im Pankower Norden. „Die Elisabeth-Aue“, so der Stadtentwicklungssenator, „ist ein vollständig landeseigenes Grundstück und hat deshalb bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine herausragende Bedeutung. Nur auf landeseigenen Grundstücken hat der Senat direkten Einfluss auf die Mietpreisgestaltung.“ Auf 73 Hektar ist hier Platz für 5.000 Wohnungen und rund 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Nach

Anwohnerprotesten stimmten Grüne, Linke, Piraten und CDU in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow gegen das Projekt.

„Berlin lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürgern sich engagieren und einmischen“, sagt Andreas Geisel. „Wir haben viele kreative Menschen in dieser Stadt. Deren Ideen und Vorstellungen sind wichtig für die Stadtentwicklung. Beteiligung heißt für mich aber nicht: Durchdrücken meiner Partikularinteressen. Bürgerbeteiligung ist immer ein Prozess, ein Dialog – und das Finden von Kompromissen.“ U.H.

„Wer Freude gibt, bekommt Freude zurück.“

Viele Berlinerinnen und Berliner engagieren sich in Nachbarschaftsprojekten für Flüchtlinge

Es fehlt an Wohnraum, Kita- und Schulplätzen und nicht zuletzt an Personal in den zuständigen Behörden. In Berlin ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) Erstaufnahmestelle für die hier ankommenden Flüchtlinge.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit der großen Zahl – 2014 waren es 12.000 Menschen – überfordert. Sie versuchen ihr Bestes, um den Bedürfnissen der oft traumatisierten Frauen, Männer und Kinder gerecht zu werden. Wo die Behörden an ihre Grenzen

stoßen, füllen immer öfter Sozialverbände und Ehrenamtliche die Lücken. Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Volkssolidarität und Caritas betreiben Flüchtlingsunterkünfte, an mittlerweile sechs Standorten. Doch auch sie sind längst überfüllt, und so kommen zahlreiche Familien und Einzelpersonen in Hostels oder Durchgangswohnungen unter.

Fernab eines vernünftigen Betreuungsnetzwerkes ist der Alltag für die Menschen, die in Deutschland fremd sind und die Sprache nicht sprechen, schwierig. Da hilft

oft der Zufall weiter – und Mundpropaganda. Zusammenschlüsse wie „Moabit hilft!“, „Wedding hilft!“ oder ähnliche Netzwerke in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Treptow-Köpenick, und in Steglitz-Zehlendorf nutzen die Fähigkeiten und Kenntnisse aus der Nachbarschaft – ehrenamtlich, nach der Schule, Uni oder Arbeit. Sie eint, dass sie mit Menschen auf der Flucht in Kontakt gekommen sind. „Wer einmal erlebt hat, wie fragend und allein gelassen diese Menschen hier ankommen, der kann gar

nicht anders als helfen. Es fehlt bei allem am Nötigsten. Vor allem aber an dem Gefühl hier anzukommen, eine Perspektive zu haben“, beschreibt Joana Latorre, Mitglied bei „Wedding hilft!“ ihre Motivation. „Diese Menschen, egal aus welchem Land sie kommen, haben Unfassbares erlebt. Wer einmal ihre Geschichte hört, dem wird bewusst, wie gut es einem geht und dass man ihr Schicksal nicht einfach ignorieren kann.“

Manfred Nowack von der Arbeiterwohlfahrt, die u.a. die Unterkunft in Berlin-

Buch leitet, musste sich in den vergangenen Monaten mit vielen Sorgen und Vorbehalten der Anwohnerinnen und Anwohner auseinandersetzen. Es gab tätliche Angriffe auf das Wachpersonal. Flüchtlinge wurden eingeschüchtert und immer wieder wurde vor dem Heim gegen die dort lebenden Menschen demonstriert. Dennoch beobachtet Nowack, wie auch Joana Latorre, eine große Hilfsbereitschaft unter den Berlinerinnen und Berlinern. „Wir bekommen immer wieder Besuch von

Leuten aus der Umgebung, die gute Kleidung, Möbel oder Geschirr vorbeibringen. Einige bieten Hilfe beim Deutschlernen an oder unterstützen die Eltern bei der Betreuung der Kinder.“ „Die Hürde, sich für Flüchtlinge zu engagieren, ist gewiss für einige groß, aber immer geben sie den Menschen etwas, dass viel mehr wert ist: das Gefühl gemocht und unterstützt zu werden. An viele dieser kleinen Begegnungen erinnern sich die Menschen noch Jahre später. Wer Freude gibt, bekommt Freude zurück“, so Latorre. J.S.

MELDUNGEN

NEUER MIETSPIEGEL

Der neue Berliner Miet-spiegel weist bei den Be-stands-mieten eine Stei-gerung um 2,7 Prozent gegenüber 2013 aus. Das sind 15 Cent pro Qua-dratmeter Wohnfläche und Monat.

Die gewichtete Durch-schnittsmiete nettokalt liegt 2015 bei 5,84 €/qm monatlich, 2013 waren es 5,54 €/qm. „Wir spüren die Attraktivität der wachsenden Stadt Berlin an steigenden Mieten und einem angespannten Wohnungsmarkt. Den-och fielen die Miet-erhöhungen im Bestand gegenüber dem Miet-spiegel 2013 geringer aus als befürchtet“, sagte Stadtentwicklungssen-a-tor Andreas Geisel. „Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir mit un-seren mietenpolitischen Instrumenten auf dem richtigen Weg sind.“

Der Mietspiegel ist auch online abrufbar: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel

RASCHE INTEGRATION

Flüchtlinge sollen in Berlin schneller Arbeit und Ausbildung finden – und damit Steuerzah-ler werden. Das ist das Ziel von Arbeits- und Integrationssenatorin Dilek Kolat.

Für 2015 werden in Berlin rund 20.000 Asyl-Erstanträge erwartet. Zwei Drittel davon wer-den Menschen in er-werbsfähigem Alter sein. „Diese Menschen in Ausbildung und Arbeit zu integrieren, bedeutet ihnen Chancen auf ge-sellschaftliche Teilhabe und eigenständige Exis-tenzsicherung zu geben“, so Dilek Kolat. Dazu wer-den mehr Integrations-lotsInnen eingestellt, zu-sätzliche Deutschsprach-kurse bei den Berliner Volkshochschulen einge-richtet, eine Beratungs-stelle bei der Senatsver-waltung geschaffen so-wie das Ausbildungspro-gramm ausgeweitet.

BERLINER MITTE

Gut 1800 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Ideen und Vorschläge für die Gestaltung der Berliner Mitte rund am das Rote Rathaus und den Fernsehturm bei einer Online-Befragung eingebracht.

Vom 27. Juni an wird die Stadtdebatte mit einer Bürgerwerkstatt, einer Ausstellung, Spazier-gängen und Aktionen fortgesetzt. Die Ausstel-lung verteilt sich über das Areal der Berliner Mitte und ist für alle In-teressierten bis zum 10. September zugänglich.

„Dem Berliner Vorbild folgen“

Dragonerareal: Bund soll Vergabepaxis von Grundstücken ändern

Dem Kreuzberger Finanz-amt am Mehringdamm sieht man die einstige Funktion als Kaserne noch deutlich an. Dahinter liegt das 47.000 Quadratmeter große Dragonerareal, ein ehemaliger Exerzierplatz, heute von Gewerbebetrie-ben genutzt. Das Grund-stück ist im Bundesbesitz. Den geplanten Verkauf konnte Berlins Finanzse-nator Matthias Kollatz-Ahnen im Bundesrat im Mai vorerst verhindern.

Das Dragonerareal ist eines der wenigen großen und attraktiven Grundstü-cke, die es noch in der Stadt gibt. Umso wichtiger ist dem Berliner Senat und den Anwohnern eine sozialver-trägliche Planung. Die aber kann es nur geben, wenn auch die bundeseigene Im-mobiliengesellschaft (BImA) nicht mehr zum Höchst-preis verkaufen muss, sagt der Pankower SPD-Bun-destagsabgeordnete Klaus Mindrup. Er verweist auf das Berliner Vorbild.

Hier werden Grundstücke im Landesbesitz inzwischen nicht mehr automatisch an



Der Verkauf des Dragonerareals zum Höchstpreis ist zunächst gestoppt.

Foto: Horb

den Höchstbietenden ver-kauf. Es geht um die bes-ten Konzepte, um günstigen Wohnungsbau, um Räume für soziale und kulturel-le Projekte. Auslöser dafür war 2012 der geplante Ver-kauf eines Grundstücks am Spreeufer. Die SPD-Fraktion hielt das Konzept eines Clubbetreibers, heute „Kater Blau“, für das Beste, um das

Gebiet zu beleben. Das Bei-spiel machte Schule: Auch städtische Wohnungsbaugesellschaften erhalten lan-deseigene Grundstücke, um günstiger bauen zu können. Das bringt der Stadt mehr Nutzen als kurzfristig eine höhere Verkaufseinnahme.

Für das Dragonerareal sollte die BImA 36 Millio-nen Euro von einem Käufer

erhalten, der auch Kunst und Kultur auf dem Gelände versprach. Doch als der Ver-trag unterschriftsreif war, war der Verhandlungspart-ner plötzlich nur noch Min-derheitsgesellschafter, und die bisherigen Planungen wurden über den Haufen ge-worfen. Kunst und Kultur spielten keine Rolle mehr.

Ein „Beispiel für eine ge-

selltschaftliche Fehlsteue-rung“ nennt Finanzsenator Kollatz-Ahnen den Verkauf an den Meistbietenden. So werde die Schaffung preis-werten Wohnraums „er-schwert oder unmöglich“. Und der Bundestagsabge-ordnete Klaus Mindrup sieht eine Glaubwürdig-keitslücke: „Zur Mietpreis-bremsen und dem Bündnis für bezahlbares Wohnen steht die Vergabepaxis der BImA in diametralem Wi-derspruch.“

Das Land Berlin würde das Dragonerareal eben-so wie die anderen BImA-Liegenschaften gerne zum Verkehrswert übernehmen. Im Bundestag haben die Berliner SPD-Abgeordneten bereits einige Unterstützung organisiert. Mitte Juni kann der Bundesrat nun beim Dragonerareal endgültig für eine Wende sorgen. Klaus Mindrup fordert eine Lie-genschaftspolitik des Bun-des, „die im besten Sinne sozial, ökologisch und wirt-schaftlich nachhaltig“ ist. Spekulative Geschäfte mit Wohnraum seien diesem Ziel abträglich. U.H.

Ein neuer Blick auf die Welt

Die Fragen der Menschheit im Humboldt-Forum

Noch lagern im Schlüter-hof, in dem Besucherin-nen und Besucher irgend-wann Kaffee trinken wer-den, große Sandsteine für die Fassade – aber der Roh-bau des Humboldt-Forums ist fristgerecht fertig. Und nach dem Richtfest am 12. Juni geht es nun vor allem um die innere Gestaltung.

„Es muss eine intellektu-elle Baustelle werden, die nie fertig werden darf“, so der Anspruch von Neil Mac Gregor, langjähriger Leiter des British Museum in Lon-don. Hier könne man Ge-schichte immer wieder neu schreiben.

MacGregor ist Anfang April 2015 berufen worden, das Haus mit der Schloss-fassade mit Leben zu erfül-len. Gemeinsam mit Her-mann Parzinger, Präsident

der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und dem Kunsthistoriker Horst Bre-dekamp von der Hum-boldt-Universität bildet er die Gründungsintendanz. Vom kommenden Oktober an werden sie zwei Jahre lang die Arbeit im Hum-boldt-Forum planen. Auf drei Etagen und 20.000 Quadratmetern soll ein neu-er, einzigartiger Blick auf die Welt entstehen. Für Fil-me, Konzerte, Diskussionen oder Theateraufführungen stehen ein vielseitig nutzba-er Veranstaltungsraum im Erdgeschoss, aber auch der Eingangsbereich und der Schlüterhof zur Verfügung.

Während die benachbar-te Museumsinsel die Samm-lungen zur Kulturentwick-lung Europas und des Na-hen Ostens zeigt, ziehen

im Humboldt-Forum die Sammlungen außereuropä-ischer Kulturen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein. Damit entsteht in der Mitte Berlins ein Ort, an dem sich die Kulturen be-gegnen und von dem aus ein international beachte-ter Dialog ausgehen kann. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die großen Fragen der Menschheit, um Krieg und Flucht, um Glau-be, Macht und Tod.

4.000 Quadratmeter Aus-stellungsfläche stehen Ber-lin im künftigen Humboldt-Forum zu. Berlins Regieren-der Bürgermeister Michael Müller hat dazu eine neue Debatte angestoßen. Unter dem Titel „Welt. Stadt. Ber-lin“ soll eine Ausstellung erzählen, wie in den letz-ten 200 Jahren „Berlin die Welt und die Welt Berlin veränderte“, so das Kon-zept. Kunst, Wissenschaft, Migration, Krieg und Teilung, Diktatur und Freiheit sind dabei Themen. „Unsere Stadt kann zeigen, dass sie immer noch in dem liber-tären Takt schlägt, den die Humboldt-Brüder vorgege-ben haben“, so der Regieren-de Bürgermeister.

2019 wird das Humboldt-Forum eröffnet. Es soll ein offenes, einladendes Haus werden, so wie es sich schon an den Tagen der Offenen Baustelle am 13. und 14. Juni zeigt.

Ulrich Horb

Nicht durchs Raster fallen

Start der Jugendberufsagenturen

Die ersten vier Berliner Jugendberufsagenturen starten im Spätsommer in den Bezirken Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf. Bis Ende 2016 soll jeder Bezirk eine solche Anlauf-stelle haben, gut erreichbar und zentral gelegen. „Jeder Jugendliche soll ein Ange-bot für den Weg in den Be-ruf erhalten“, so Arbeitsse-natorin Dilek Kolat (SPD).

Die Jugendberufsagentu-ren Berlin sind ein Bündnis zwischen den Senatsver-waltungen für Bildung und für Arbeit, den Regionaldi-rektionen Berlin-Branden-burg der Bundesagentur für Arbeit, den Bezirken und den Wirtschafts- und Sozialpartnern. „Die Über-gänge von der Schule in die Ausbildung, die Arbeit oder das Studium sollen besser ermöglicht werden“, erklärt die Charlottenbur-ger SPD-Abgeordnete Fran-ziska Becker. Es gelte das Motto „Kein Abschluss oh-ne Anschluss“. Mit den in Hamburg bereits erprobten Einrichtungen will Berlin die immer noch zu hohe Jugendarbeitslosigkeit von 10,3 Prozent reduzieren.

Drei Viertel der arbeits-losen Jugendlichen haben keine Ausbildung. Bildungs-senatorin Sandra Scheeres (SPD) will deshalb in der Schule ansetzen: Jugendli-che, die noch kein Ausbil-



Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres setzt auf „passgenaue Beratung in den Jugendberufsagenturen“.

Foto: SPD Berlin

bildungsangebot haben oder nach der zehnten Klasse einen Qualifizierungsplatz nicht antreten, sollen sys-tematisch kontaktiert wer-den, sagt sie. „Niemand soll durch das Raster fallen.“ Derzeit ist für etwa 3.000 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse noch unklar, wie es weitergeht. Sie müs-sen nun nicht mehr viele unterschiedliche Ämter auf-suchen, sondern erhalten Beratung aus einer Hand.

Für die Einrichtung der Jugendberufsagenturen wer-den die Bezirke aus dem Landeshaushalt mit 300.000 Euro und weiteren personel-len Hilfen unterstützt. Die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg setzt rund 500 Mitarbeitende ein.

Ulrich Horb



Im Eingangsbereich des Humboldt-Forums wird die histori-sche Kuppel des Stadtschlusses rekonstruiert.

Foto: Horb

Berlins ältere Schwester macht sich hübsch

Warum sich gerade dieses Jahr ein Ausflug nach Brandenburg an der Havel lohnt

Gerade einmal 70.000 Einwohner zählt das Städtchen, und doch kann es sich mit dem 50mal größeren Berlin messen: Brandenburg an der Havel darf sich stolz die „Wiege der Mark Brandenburg“ nennen.

Als der Dom, der dieses Jahr 850 Jahre alt wird, entstand, gab es weder Berlin noch Cölln, Spandau oder Köpenick – die ältesten Orte des heutigen Berlin. Dieses Jahr ist Bundesgartenschau (Buga) im Havelland – und einer der Standorte ist Brandenburg: Ein willkommener Anlass, das Havelstädtchen zu besuchen, das sich nach der Wende bemerkenswert herausgeputzt hat.

Wer sich auf den Weg macht, staunt zunächst einmal, wie schnell man mit dem Zug von der Hauptstadt aus dort ankommt. Zweimal in der Stunde kehrt der Regionalexpress. Das Bahnhofsviertel ist nicht gerade anheimelnd, aber von dort verkehrt ein dichtes Netz von Straßenbahnen und Bussen. Oder man geht zu Fuß die paar hundert Meter zum 700 Jahre alten Paulikloster, heute Sitz des Archäologischen Landesmuseums, um sich



Von der 32,5 Meter hohen „Friedenswarte“ ist ein Blick über das BUGA-Gelände aus luftiger Höhe möglich (links). Die Blumenhallenschau in der St. Johanniskirche zeigt auf 1.000 Quadratmetern die volle Blütenpracht (rechts). Fotos: BUGA-Zweckverband



dort erst einmal historisch zu orientieren. 50.000 Jahre Kulturgeschichte der Region mit 10.000 Exponaten, dafür sollte man anderthalb Stunden einplanen.

Nicht zufällig passiert man vorher einen Wassergraben: Es ist ein Havelarm, denn wir sind auf einer Insel, der Neustadt. Zunächst einmal sollte man weiter zur nächsten Insel wandern,

der Dominsel mit dem imposanten Backstein-Dom von 1165, der im 19. Jahrhundert von Schinkel restauriert wurde. Dazu gehört das Dommuseum mit zahlreichen liturgischen Exponaten. Im Jubiläum kommt die Ausstellung „Beständig neu – 850 Jahre Dom zu Brandenburg“ hinzu, für die auch die Staatsbibliothek Berlin 32 Handschriften aus

der früheren Bibliothek des Domstifts Brandenburg zur Verfügung gestellt hat.

Weiter geht es über die Mühlentorstraße zur Altstadt. Hier strahlen die St. Gotthard-Kirche und vor allem der Altstädtische Markt mit dem historischen Rathaus mittelalterliches Flair aus. Ein ganz besonderer Ort ist die Gedenkstätte der Opfer der Euthana-

sie-Morde, mit der ebenso wie im Psychiatrie-Museum an eine düstere Zeit erinnert wird. Brandenburg war auch berüchtigt für sein Zuchthaus (heute zu besichtigen), die Stadt war aber vor allem auch Standort von Schwerindustrie. Das Industriemuseum im Ortsteil Kirchmöser erinnert daran mit dem Industrie-Lehrpfad und dem Technischen

Denkmal „Siemens-Martin-Ofen“ sowie der Ausstellung in der Kunsthalle Brennbach. Das Fischerei-Museum verweist auf einen noch älteren Wirtschaftszweig der Stadt, und an den Fischerbuden am Mühlendamm gibt es auch Fischgerichte zu essen. Wer aber besonders gut speisen will, geht zum „Humboldthain“ in der Altstadt.

Im Sommer ist die Stadt am Wasser schon schön genug. 2015 aber, im Jahr der „Buga“ erblüht sie an allen Ecken und Enden, zum Beispiel in den Gartenanlagen am Packhof und auf dem Marienberg, der höchsten Erhebung der Havelstadt, auf der einst eine mächtige Kathedrale stand. Auf dem Weg liegt die ehemalige Klosterkirche St. Johannis. Hier zeigen Floristen in wechselnden Ausstellungen ihre Kunst, und das gotische Gemäuer ist vom Duft der herrlichen Blüten erfüllt. Also nichts wie hin!

Ulrich Rosenbaum

Informationen im Internet:
www.stadt-brandenburg.de
buga-2015-havelregion.de
www.dom-brandenburg.de
www.am-humboldthain.de

Fernab der Zivilisation

Fotografien von Sebastião Salgado bei C/O Berlin

Tiefhängende Wolken treiben über die Landschaft, an einer Stelle reißt die Wolkendecke auf, und Sonnenstrahlen leuchten Teile dieser Szenerie aus, lassen die Wolkenbänke im schmalen Fluss hell reflektieren. Ein fein nuanciertes Spiel von Licht und Schatten lässt Konturen mal weich und mal scharf erscheinen. Willkommen in der Welt von Sebastião Salgado.

Unter dem Titel „Genesis“ gastiert ein beeindruckender Teil seines fotografischen Wirkens in Berlin. C/O Berlin präsentiert als erster Ausstellungsort in Deutschland Sebastião Salgados *Genesis* mit 245 Fotografien.

„Genesis ist eine Suche nach der Welt, wie sie einmal war, wie sie sich formte und entwickelte, wie sie über Jahrtausende existierte, bevor die Beschleunigung des modernen Lebens uns zunehmend vom Wesentlichen unserer Existenz distanzierte“, so definiert er seine Motivwelt. In seinen Schwarzweiß-Fotos porträtiert er Landschaften, Wasserwelten, Menschen und Tiere, die bislang von der Zivilisation verschont geblieben sind.

Der 1944 in Brasilien geborene und seit Jahren in Paris lebende Fotograf Sebastião Salgado hat mit seinen Reisen in die entlegenen Winkel unseres Planeten



Motiv aus der Salgado-Ausstellung bei C/O Berlin: In Sambia flüchten Elefanten aus Angst vor Wilderern. Foto: Sebastião Salgado

bei oft extremem Klima der Schöpfung nachgespürt. Sie zu bewahren, ist seine Botschaft, sein persönliches Anliegen. Gerade der Verzicht auf Farbe, die Reduktion auf Licht und Schatten, macht sie besonders eindringlich. Die Fotografien rufen Erinnerungen an einen amerikanischen Fotografen wach, der mit seinen Bildern vor Jahrzehnten die Naturschönheiten seiner Heimat porträtierte: Anselm Adams.

Salgados Fotografien zeigen Welten fernab jeglicher Zivilisation. Da sind die Pinguin-Kolonien in der Antarktis und auf Inseln im Südatlantik, die artenreiche Tierwelt Amazoniens im Herzen Südamerikas und auf Madagaskar, die Lebenswelt von Urwaldeinwohnern auf Papua-Neuguinea und

in Brasilien und das Leben im Einklang mit der Natur im sibirischen Kamtschatka.

Um unberührtes Land und Meer zu erhalten und die natürlichen Lebensräume uralter Völker und Tiere zu schützen, müsse die Menschheit jetzt handeln. „Genesis“ zeigt uns die Schönheit der Natur und ist zugleich ein Aufruf zum Kampf für den Erhalt dieser Schöpfung. Das ist Salgados Botschaft. Und er lebt sie, engagiert sich in brasilianischen Umwelt- und Ausbildungsprojekten.

Gunter Lange

„Genesis“ · Bis 17.08.2015
C/O Berlin im Amerika Haus
Hardenbergstraße 22-24
Täglich 11 bis 20 Uhr
Eintritt 10 Euro, erm. 5 Euro

Leben in Trümmern

Kriegsende und Befreiung: Berliner Alltag im Jahr 1945

Es gibt nicht die eine Erinnerung an das Kriegsende 1945, an das Ende der Nazi-Diktatur und die Befreiung. Das macht das Buch „Leben in Trümmern“ deutlich. Es vermittelt Einblicke in das Berlin des Jahres 1945.

Traudl Kupfer reiht in ihrem Buch kurze Momentaufnahmen aneinander, nach Monaten geordnet, nicht immer ganz chronologisch. Mal ist es der Blick einer jungen Frau, mal der eines Zwangsarbeiters oder eines Untergetauchten, mal die Sicht eines Widerstandskämpfers, mal die eines nazitreuen Staatsbediensteten oder Soldaten. Berichtet wird auch aus den biographischen Erinnerungen des Schauspielers Günter Lamprecht, aus Margret Boveris Augenzeugenbericht „Tage des Überlebens“ oder den Tagebüchern von Hans-Georg von Studnitz, der zuletzt in der Presseabteilung des NS-Außenministeriums gearbeitet hatte. Lange hat es gedauert, bis sich Zeitzeugen mit ihren Erlebnissen zu Wort meldeten oder auch nur bereit waren, darüber zu sprechen – zu groß waren Scham, Verdrängung oder politische Rücksichtnahme.

Vertreibung und Vernichtung hatten in den Jahren vor 1945 andere Völker getroffen, SS und auch die

Wehrmacht waren an der Ermordung von unzähligen Zivilisten beteiligt. 1945 zog der Krieg nun in Berlin ein, einer Stadt voller Ruinen. Es herrschen Willkür und Gewalt. Noch in den Stunden des Einmarschs der russischen Armee werden von den Nazis mutmaßliche Deserteure erhängt. Es ist ein Kampf um das Überleben, um Wasser, Brot, ein wenig Suppe. Für die wenigen Lebensmittelmarken ist kaum noch etwas zu bekommen. Dann sind die russischen Soldaten in der Stadt, es kommt zu Vergewaltigungen, Plünderungen,



Traudl Kupfer,
*Leben in Trümmern:
Alltag in Berlin 1945*
gebundene Ausgabe
März 2015, 256 Seiten
Elsengold Verlag
ISBN-13: 978-3944594279R

Ausquartierungen. Auch die, die unter der Nazi-Folter litten, sind vor neuer Willkür nicht verschont. Aber es gibt auch andere Begegnungen, etwa die mit musikliebenden russischen Offizieren, mit den Soldaten, die Mitleid zeigen. Tagelang gibt es kein Wasser, keinen Strom, zigtausende Flüchtlinge kommen in die Stadt. Wer das Chaos überlebt, ist dankbar. Wohnungen, die nicht durch Bomben zerstört wurden, werden von Angehörigen der alliierten Streitkräfte beschlagnahmt. 60 Mark kostet auf dem Schwarzmarkt eine Dose Fleisch, die sich dann als Hundefutter entpuppt.

Die persönlichen Erlebnisse und Schilderungen – zusätzlich mit einer kurzen Zusammenfassung der Ereignisse des jeweiligen Monats versehen, bieten einen bewegenden Zugang zu den Ereignissen. Dennoch bleiben Fragen offen. Viele Erinnerungen sind zum Teil Jahre später aufgeschrieben worden. Wie haben die Erfahrungen der Nachkriegszeit die Erinnerungen beeinflusst? Was hat sich eingeprägt, was ist verdrängt worden? Und angesichts der Auswahl derer, die im Buch zu Wort kommen, bleibt auch die Frage: Wo sind 1945 eigentlich die ganzen Nazis geblieben?

Ulrich Horb

Gut zu wissen

Stadtblatt-Service: Tipps für Mieter, Schüler und Studierende, Veganer, Vegetarier und Inkasso-Opfer

SCHOKO-EIS

Der Sommer kann kommen: 20 Sorten **Schoko-Eis aus der Tiefkühltruhe** hat die Stiftung Warentest getestet. Kritische Keimgehalte gab es nirgends, Schadstoffe wurden nicht festgestellt. Die Hälfte der Sorten schnitt befriedigend ab, weil sie geschmacklich nicht ganz überzeugten oder das Etikett zu viel verspricht. Testsieger wurde das mit 11 Euro pro Liter teuerste *Classics Belgian Chocolate* von *Häagen-Dazs*. Zu den sechs weiteren gut bewerteten Sorten gehört aber auch das billigste *Rios Premium Schokolade* von *Penny*. Das gesamte Testergebnis gibt es für 2 Euro auf www.test.de

„VERSTECKTE TIERE“

Verbraucher sollen mehr Klarheit bekommen, wenn **Lebensmittel tierische Bestandteile enthalten**, die auf den ersten Blick nicht zu erkennen sind. Dazu fordert die Verbraucherorganisation *foodwatch* eine Kennzeichnungspflicht für Zutaten oder Zusatzstoffe tierischen Ursprungs oder zum Einsatz tierischer Bestandteile in der Produktion. So wird nach Angaben von *foodwatch* zum Beispiel Läuse-Extrakt in *Orangina Rouge*-Limonade oder *Bum Bum*-Eis von Schöllner eingesetzt, bei *Albi*-Säften kann Schweinegelatine zum Klären von Trübstoffen verwen-



Ob Lebensmittel tierische Bestandteile beinhalten soll besser erkennbar werden.

Foto: fotolia.com/Omar Kulos

det werden – auf der Verpackung ist das für Verbraucher jedoch kaum oder gar nicht erkennbar. *Aldi Süd* will jetzt freiwillig darauf hinweisen, dass bei der *Crackets Knabberbox* und den *Kartoffel Rings Paprika* Schweinebouillon zum Einsatz kommt.

VEGANE ERGÄNZUNG

Vegane Ernährung kann zu einem **Mangel an Vitamin B12** führen. Einige Hersteller bieten deshalb spezielle Ergänzungspräparate für Veganer an. Das Verbrauchermagazin *Öko-Test* hält sie für wenig sinnvoll. Häufig sind es Kombinationen mit anderen Wirkstoffen, an denen auch Veganer keinen Mangel leiden. Ein untersuchtes Produkt überschritt mit einer Tagesdosis von 1.000 Mikrogramm die vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) empfohle-

ne Menge um mehr als das Hundertfache. *Ökotest* rät, eher auf Vitamin-B12-Monopräparate oder angereicherte Lebensmittel zu setzen, die es jedoch nur in konventioneller Qualität gibt.

SCHÜLERAUSTAUSCH

Auslandsaufenthalte sind inzwischen für viele fester Bestandteil der Schul- oder Studienzeit, um Sprachkenntnisse zu vertiefen oder andere Kulturen kennen zu lernen. Angebote gibt es viele, auch für entferntere Länder wie Neuseeland. Praxistipps, Erfahrungsberichte, einen Überblick über das Schulsystem sowie viele Informationen zum Lernen „downunder“ hat jetzt die *Deutsche Stiftung Völkerverständnis* in einem kostenlosen **E-Book „Schüleraustausch Traumziel Neuseeland“** zusammengestellt, das es kostenfrei zum



Schüleraustausch in Neuseeland: Lernen vor spektakulärer Naturkulisse.

Foto: Dt. Stiftung Völkerverständnis

Download gibt unter: www.schueleraustausch-portal.de

Grundlegende Informationen und einen **Überblick über Stipendien sowie die diversen Schüleraustausch-Organisationen** gibt die privat betriebene Webseite www.austauschjahr.de

MIETPREISBREMSE

Die **Mietpreisbremse für Neuvermietungen** ist in Berlin seit 1. Juni in Kraft. Unmittelbar nach Veröffentlichung des entsprechenden Bundesgesetzes hat der Berliner Senat die von Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) vorgelegte „Mietenbegrenzungsverordnung“ beschlossen. Mit ihr wurde Berlin zu einem Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt erklärt. Damit gilt die Regel, dass die Miete bei Wiedervermietung einer nicht preisgebundenen Wohnung die ortsübliche Vergleichsmiete um höchstens 10 Prozent übersteigen darf. Während im Internet Ende 2014 im Schnitt bereits 8,59 Euro pro Quadratmeter gefordert wurden, wies der Berliner Mietspiegel eine ortsübliche Vergleichsmiete von durchschnittlich 5,54 Euro pro Quadratmeter im Monat aus. Nicht selten wurden daher bei der Neuvermietung 50 Prozent mehr Miete verlangt als vom Vermieter.

Die Mietpreisbremse gilt vorerst bis Ende Mai 2020.



Im gesamten Berliner Stadtgebiet gilt seit 1. Juni bei Neuvermietungen die Mietpreisbremse.

Foto: Horb

Ausgenommen sind nur Neubauwohnungen, die ab 1. Oktober 2014 erstmalig bezugsfertig werden, sowie die erste Wiedervermietung nach umfassender Modernisierung. Vom Vermieter gezahlte höhere Mieten dürfen jedoch auch mit neuen Mietern vereinbart werden.

SCHÖNHEITSREPARATUREN

Mieter, die eine **unrenovierte Wohnung bezogen** haben, können im Mietvertrag **nicht dazu verpflichtet werden, die Wohnung beim Auszug renoviert zu übergeben**. Entsprechende Vertragsklauseln hat der Bundesgerichtshof jetzt für unwirksam erklärt. Keinen Bestand haben vor den Richtern auch die Quotenklauseln gefunden, die den Mieter zu einer anteiligen Beteiligung an den Renovierungskosten verpflichteten, wenn er vor Ablauf der

üblichen Renovierungsintervalle auszog.

INKASSO-ABZOCKE

Die Verbraucherzentralen sammeln derzeit **Beschwerden zu zweifelhaften Inkassoforderungen**. Immer wieder erhalten Verbraucherinnen und Verbraucher Schreiben, in denen mit Zwangsvollstreckung, Schufa-Einträgen und Hausbesuchen gedroht wird. Oft lassen sich Betroffene einschüchtern und zahlen, selbst wenn sie es nicht müssten. Inkasso-Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, bereits mit der ersten Zahlungsaufforderung detaillierte Informationen wie zum Beispiel Name oder Firma des Auftraggebers und den genauen Forderungsgrund zu nennen. In einer gemeinsamen Aktion wollen die Verbraucherzentralen unseriöse Inkassopraktiken ermitteln.

Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

WAAGERECHT

UMLAUTE = 1 BUCHSTABE

- 1 größter Berliner See
- 6 obergärig, englisch, kaum Schaum
- 11 Gegenteil von nirgendwo

- 12 Entzündung des Auges
- 13 ungarisches Hackbrett
- 16 verbindet am Fahrrad Lenker mit Gabel
- 17 faszinierender Sommersport

- 18 beschäftigt Gläubige wie Ungläubige
- 19 geographischer Fleck
- 20 das Unwissen der Philosophie
- 22 sie mündet in den Busen

- 24 Schwellung des Gewebes durch Flüssigkeit
- 26 sorgt für Wärme
- 28 Insel in der Berliner Badewanne
- 29 psst!
- 33 entzündlich bedingte Absonderung (med.)
- 34 tranceähnlicher Wachschrumpfen
- 35 mal Gegenrede, mal Nachbildung
- 36 wo der (West-)Berliner die Badehose auspackt

SENKRECHT

UMLAUTE = 1 BUCHSTABE

- 2 ... tut selten gut
- 3 das Gestein erinnert an des Apfels Kern
- 4 violett
- 5 manchmal quakt sie durch die Zeitung
- 7 kann man unterrichten
- 8 schmeckt kräftig und deftig
- 9 österreichischer Briefzustellbezirk
- 10 nordfriesische Ferieninsel
- 14 ein Fremdwort in Berlin
- 15 Gerät zur Messung von Wassertiefen
- 16 Fahrzeug, das nichts her macht
- 21 Großmutter, liebevoll
- 22 österreichische Zwischenmahlzeiten

- 23 Leistungen für Andere
- 25 Reizwäsche
- 26 venezianisches Transportmittel
- 27 übers Ohr hauen
- 30 Schifferknoten
- 31 ... must go on
- 32 wo der Fuß zu Ende geht

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine Konstruktion, die im Sommer zu den Lieblingsbehausungen gehört – an Nord- und Ostsee, am Müggel- ebenso wie am Wannensee.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 11. Juli 2015 per Post an das Berliner Stadtblatt Müllerstraße 163 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de

DIE GEWINNE

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Buchpreise zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: WELTFRAUENTAG



Die Verbraucherzentralen schauen Inkassobüros jetzt verstärkt auf die Finger.

Foto: fotolia.com/Gina Anders

Bis zum 31. August erfassen sie Beschwerden und werten diese aus. Betroffene werden gebeten, den Beratern ihren Fall zu schildern oder die Unterlagen an die Verbraucherzentrale Berlin, Stichwort Inkasso, Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin zu senden. Auch ein Onlineformular gibt es: <https://www.verbraucherzentrale-berlin.de/formular-inkasso>

U.H.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken und Berlin-Beilage (Seiten 3 bis 6) zu den Bezirksausgaben in Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick
Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Dennis Buchner (V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Redaktion der Landesseiten:
Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen
Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel
Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Brauchen wir ein Tarifeinheitsgesetz?

Im Mai hat die große Koalition das Tarifeinheitsgesetz im Bundestag verabschiedet. Das Gesetz wurde im Einvernehmen mit Arbeitgeberverbänden und DGB Teil des Koalitionsvertrages von SPD, CDU und CSU. Mittlerweile sind die DGB Gewerkschaften Verdi, NGG und GEW wieder von dem Vorhaben abgerückt. Der Deutsche Beamtenbund,

Dachverband unter anderem der Gewerkschaft der Lokführer, und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund wollen eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen sobald das Gesetz den Bundesrat passiert hat und vom Bundespräsidenten abgezeichnet wurde. Sie bemängeln, dass das Tarifeinheitsgesetz Grundrechte einschränkt.

Pro

Ein Betrieb - ein Tarifvertrag

Klaus Abel | Erster Bevollmächtigter, IG Metall Berlin

Das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Tarifeinheit ist eine Stärkung solidarischer Tarifpolitik. Das Prinzip: 'Ein Betrieb - ein Tarifvertrag' ist die Grundlage einer solidarisches Interessenvertretung.

Es geht nicht um einzelne Arbeitnehmergruppen, sondern um die gesamte Belegschaft. Die Belegschaft kann nun per Mitgliedschaft in Gewerkschaften mehrheitlich entscheiden, welcher Tarifvertrag im Betrieb zur Anwendung komme.

Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz wird nicht in das Streikrecht eingegriffen. Jede Gewerkschaft hat weiter das Recht, ihre Forderung auch mit dem Mittel des Arbeitskampfes durchzusetzen. Erst wenn es mit dem Ergebnis einer Tarifbewegung zu einer Tarifkollision kommt, entscheidet die Mehrheit der Mitglieder über die Anwendung eines Tarifvertrages im Betrieb. Die Abwehr von

Eingriffen in das Streikrecht war und ist für die Zustimmung der IG Metall zu dem Gesetz zwingend. Daher hat die IG Metall mit aller Entschiedenheit die jüngsten Vorschläge des CDU-Wirtschaftsflügels und anderer Kritiker abgelehnt, die etwa eine gesetzliche Zwangsschlichtung oder andere gesetzliche Eingriffe in das Streikrecht einforderten.

Eine erweiterte Friedens-

pflucht war noch in den ersten Eckpunkten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Tarifeinheitsgesetz vorgesehen. Dies ist jetzt vom Tisch. Das ist gut so und ein klarer Verdienst der aktiven Einmischung durch die IG Metall. Denn ohne das Recht zum Streik sind Tarifverhandlungen nicht mehr als kollektives Betteln.



Maidemonstration 2015: Auch die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund sind nicht geschlossen für das neue Tarifeinheitsgesetz.

Bild: Ulrich Horb

Contra

Warum freie Gewerkschaften und Streikverbote sich nicht vertragen

Severin Hamburg | Journalist und Mitglied der SPD Friedenau

Für den noch immer seltenen Fall, dass zwei oder mehr Gewerkschaften für konkurrierende Tarifverträge in den Streik ziehen, soll laut Tarifeinheitsgesetz nur noch die Gewerkschaft mit der größeren Mitgliederzahl das Recht haben, einen Tarifvertrag abzuschließen.

Streikt die kleinere Gewerkschaft trotzdem, riskiert sie ein Streikverbot durch ein Arbeitsgericht, denn ein Streik, der keinen Tarifvertrag zum Ziel hat, müsste von den Richtern als überzogen und unverhältnismäßig angesehen werden. Das Tarifeinheitsgesetz hat daher zur unmittelbaren Folge, dass das Streikrecht eingeschränkt wird.

In der Vergangenheit haben Arbeitsgerichte Tarifverträge für nichtig erklärt, die von arbeitgebernahen Retortengewerkschaften vorauseilend unterschrieben wurden. Ziel der Arbeitgeberseite war es, kampfbereite und gut organi-

sierte Gewerkschaften auszubooten und in die Friedenspflicht zu zwingen.

Jetzt richtet sich das Tarifeinheitsgesetz auch gegen gut organisierte Arbeitnehmerorganisationen, zum Beispiel die Lokführergewerkschaft GDL und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund. In der Begründung des Gesetzes steht das auch: „Nehmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit besonderen Schlüsselpositionen in den Betrieben ihre Interessen gesondert wahr, führt dies tendenziell zu einer Beeinträchtigung einer wirksamen kollektiven Interessenvertretung durch die übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine besonderen Schlüsselpositionen im Betriebsablauf innehaben.“

Als Werkstudent habe ich in den 80er-Jahren erlebt, wie angelernte türkische Arbeiterinnen eine ganze Fabrik lahmlegten, wenn die IG Metall das wollte. Anruf aus

dem Betriebsratsbüro genügt. Die Angestellten schauten mehrheitlich aus den Verwaltungsetagen zu, während die Facharbeiter den Frauen vor das Werkstor zur Kundgebung folgten.

Damals kämpfte die IG Metall erfolgreich für die Einführung 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich. Niemand beklagte, dass alle Beschäftigten von der Kampfkraft der wenigen Frauen in 'Schlüsselpositionen' profitierten. Das war Solidarität.

Wenn heute gut verdienende Angestellte wie Ärzte und Piloten sich mit eigenen Gewerkschaften in der Tarifpolitik engagieren, kann das als Fortschritt gedeutet werden. Wenn die Lokführer auch für das fahrende Personal streiken, ist das vorbildlich. Die Solidarität mit diesen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern sollte in der Praxis errungen und nicht zu Lasten freier Gewerkschaften durch ein Gesetz erzwungen werden.

Wer bin ich? Wo komme ich her?

Besatzungskinder und die Frage: Wer ist mein Vater?

Die Frage der Herkunft und der Identität bewegt jeden Menschen. Während die einen mit einem sicheren Gefühl aufwachsen, da sie beide Elternteile kennen, quälen sich andere ein Leben lang mit den existenziellen Fragen „Von wem stamme ich ab?“ und „Wer bin ich?“. Besonders viele Kriegskinder, die einen ausländischen Soldaten zum Vater haben, treibt die Frage nach ihrer Herkunft um.

Besatzungskinder: Zwi-schen Stigmatisierung und Integration

In Deutschland sind zwischen 1945 und 1955 bis zu 250 000 Kinder geboren worden, die eine einheimische Mutter und einen Soldatenvater aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien oder Frankreich haben. Sie sind mittlerweile 60 bis 70 Jahre alt. Vielfach wurden die Umstände ihrer biologischen Herkunft verleugnet, verheimlicht und vertuscht. Zahlreiche Mütter hüllten sich ihr Leben lang in Schweigen.

Etliche der Kinder wuchsen vaterlos auf - ein Schicksal, das sie nach dem Krieg mit rund 2,5 Millionen Halbwei-

sen und rund 100.000 Vollwaisen teilten. Stigmatisierender als die Abstammung vom ehemaligen Feind war oft der Status „unehelig“, gerade in streng religiösen Milieus. Schätzungsweise 30 Prozent der „Kinder des Krieges“ sind in Heimen großgeworden. Einige der Mütter heirateten, dem Kind wurde nichts über seine Herkunft gesagt, es spürte aber, dass „irgendwas nicht stimmte“. Andere Mütter blieben ihr Leben lang alleine, vielleicht um sich, das Kind oder auch beide zu schützen.

Lernen aus der Geschichte?

Diese „Kinder des Krieges“ sind nun im Rentenalter und fragen wieder nach ihrer biologischen Herkunft. Mittlerweile gibt es Netzwerke, die bei der Suche nach dem Vater helfen, E gibt Literatur, und auch die Wissenschaft hat sich des Themas angenommen. Eine der Forderungen an die Politik ist ein leichter Zugang zu Archiven im In- und Ausland. Unklar ist auch, ob die Kinder der Betroffenen Akten einsehen dürfen. Nützlich wären auch Ansprechstellen für die „Kinder des Krieges“ im in- und Ausland.

Lernen für Gegenwart und Zukunft

Um die Rechte dieser Kinder als auch ihrer Mütter zu stärken, müssen Rechtsfragen und Zuständigkeiten geklärt werden. Denn die Kinderrechte sind von Land zu Land unterschiedlich. Das führt zu Nachteilen unterschiedlicher Art für Kinder mit Eltern aus verschiedenen Staaten. Zudem können Rechte nur eingefordert werden, wenn die Kinder ihre Identität kennen. Für „Kinder des Krieges“ war und ist aber gerade das ein Problem. Manche Kinder kennen weder Vater noch Mutter oder nur einen Elternteil. Auch die, die ihre Eltern kennen, wissen oft nicht, welche nationale Identität sie wählen sollen oder wie sie von der Kinderkonvention garantierten Rechte einfordern können. Helfen könnte hier die Einführung eines „Additional Protocol for Children Born of War“.

Mechthild Rawert

LITERATURTIPP

Ute Baur-Timmerbrink
Wir Besatzungskinder
Ch. Links Verlag

Eine Frage der Ehre?

Die Heroes im Pallast

Ein Vater kommt in das Zimmer seines Sohnes. „Wo ist deine Schwester?“ „Ich weiß nicht!“ Der Vater geht drohend auf den Sohn los. „Sie ist deine Schwester! Warum passt du nicht auf sie auf?! Geh los und bring sie nach Hause!“

Der Sohn begibt sich widerwillig mit seinem Freund auf die Suche und findet seine Schwester in einem Einkaufszentrum. Sie will aber nicht nach Hause sondern mit ihrer Freundin noch ein Eis essen. Ihr Bruder zögert. Sein Freund greift ein. „Wie-so gehorcht dir deine Schwester nicht?! Los! Bring sie nach Hause, die Schlampe! Du bist ihr Bruder! Sie muss tun, was du sagst!“ An dieser Stelle bricht die Szene ab.

Gespielt wurde sie von jungen Männern türkischer und arabischer Herkunft – den „Heroes“. Irritiert war das Publikum, weil auch die Frauenrollen von Jungen übernommen wurden – aber das gehört zum Konzept der Gruppe.

Eingeladen hatte die Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD Tempelhof-Schöneberg ins „Pallast“, einem Jugend- und Freizeitzentrum in der Pallasstraße. Ayten Dogan und Florian



Die „Heroes“ hinterfragen Wertvorstellungen spielerisch

Bild: Petra Rudolphi-Korte

Mraz, die Moderatoren des Abends, befragten die „Helden“ nach ihrer Motivation. „Wir wollen problematische Wertvorstellungen, die junge Männer aus unserem Kulturkreis im Kopf haben, hinterfragen“, erklärt einer der Darsteller den zahlreichen erschienenen Zuschauern.

Dabei sollen keine Lösungen präsentiert werden. Sie gehen in die Schulklassen und versuchen in Workshops, die Jungen und Mädchen zum Nachdenken und Diskutieren - z.B. ihres Ehrbegriffs - anzuregen. „Wir müssen vor allem die Jungen ansprechen, denn wir Männer sind die Hauptverursacher der Probleme.“ In den Trainingskursen geht es um die Männerrolle und die Unterdrückung von Mäd-

chen und Frauen im Namen der „Ehre“.

Am Ende des Abends waren die Zuschauer sehr beeindruckt vom Engagement der jungen Männer und ihrer differenzierten Darstellung der Probleme.

Das Projekt „Heroes“ begann 2007 in Neukölln. In Trainingskursen werden die jungen Männer 6 Monate von ihren Gruppenleitern ausgebildet; inzwischen gibt es 6 Gruppen, die auch in anderen Städten aktiv sind.

Neben Workshops in Schulen bieten die „Heroes“ auch Fortbildungen an für z.B. Lehrer, Jugendämter oder Polizei.

Informationen unter

<http://heroes-net.de/>

Petra Rudolphi-Korte

BEZIRKSGESCHICHTE

Als Schöneberg kurze Zeit ein Bankenviertel hatte

Viel ist vom Finanzplatz Schöneberg nicht mehr übrig geblieben. Immerhin: Ein Bankmuseum mit alten Banknoten und Spardosen gibt es noch hier, 1996 von der Commerzbank in der Potsdamer Straße 125 eröffnet.

Dort am Schöneberger Bülowbogen, knapp an der Grenze zum Bezirk Tiergarten, hatte die Commerzbank in der Nachkriegszeit ihre Berliner Zentrale. Gleich gegenüber war der Hauptsitz des Berliner Ablegers der Deutschen Bank. Beiden Großbanken war gemeinsam, dass sie nach 1945 zunächst nur auf Länderebene tätig werden durften. Damit sollte eine neuerliche Konzentration von Finanzmacht verhindert werden.

So wurde in Berlin 1949 von einem früheren Commerzbank-Direktor mit dem Bankhaus Holbeck in der Rheinstraße 55 der Commerzbank-Vorläufer gegründet. Die Verwaltungszentrale Potsdamer Straße Ecke Bülowstraße entstand 1950, das jetzige Hochhaus steht seit 1954, wurde aber 1987 noch um einen Erweiterungsbau ergänzt. Zu literarischen Ehren brachte es die hier im Vorkriegs-Berlin ansässige Depositenkasse: In



Potsdamer Straße 140 Ecke Bülowstraße - von 1951-67 Zentrale der Berliner Disconto Bank AG - bis 1978 der Name der Deutschen Bank Berlin AG. Bild: Deutsche Bank, Historisches Institut

seinem Buch „Emil und die Detektive“, beschrieb Erich Kästner, wie dort der Dieb Grundeis gestohlene Geldscheine umtauschen wollte

und festgenommen wurde.

Auch die Deutsche Bank durfte nach 1945 nicht an alte Traditionen anknüpfen, es entstand die „Berli-



Potsdamer Straße 125 Ecke Bülowstraße - in diesem Bau von 1954 hatte die Berliner Commerzbank AG bis 1992 ihre Verwaltungszentrale. Bild: Andreas Klusch

ner Disconto Bank AG“. Sie firmierte zunächst in der Potsdamer Str. 131, bezog dann 1951 einen Neubau in der nahegelegenen Potsdamer Str. 140 Ecke Bülowstraße mit Blickkontakt zur Konkurrenz. Während die Commerzbank schon in den fünfziger Jahren ihren Namen wieder annahm, wurde die „Berliner Disconto Bank AG“ erst 1978 in „Deutsche Bank Berlin AG“ umbenannt. Die Zentrale wurde zwar schon in den sechziger Jahren an die Otto-Suhr-Allee verlagert, aber Geld spielt in dem Gebäude noch heute eine Rolle: Es ist Sitz des Finanzamts Schöneberg.

Auch eine dritte Bank hat ihren Ursprung in Schöneberg: Oberbürgermeister Ernst Reuter sorgte am 21. Juni 1950 im Schöneberger Rathaus für die Gründung der Berliner Bank. Mit ihr sollte der wirtschaftliche Wiederaufbau der Stadt angekurbelt werden. Sie gehört seit Anfang 2007 ebenfalls zum Bestand der Deutschen Bank.

Sabine Mauer

BANKENMUSEUM

In der Commerzbank, Potsdamer Str. 125, Do 15.30-17.30 Uhr

„Immer wieder an Neues wagen“

Theater Strahl: Eine Schöneberger Geschichte

„Unser Publikum ist etwas Besonderes. Wir spielen vor allem für Menschen, die zu ersten Mal im Theater sind“, beschreibt Wolfgang Stüßel die Besucher seiner Jugendbühne THEATER STRAHL. In den Stücken geht es um den Alltag der Stadt und das Leben der Jugendlichen: Erste Liebe, Sexualität, Drogen, aber auch um Rassismus oder das Leben in der DDR.

Die jüngste Inszenierung thematisiert Arbeit, Industrie, Beruf und Berufung. Es sei wichtig, schnell auf aktuelle Ereignisse zu reagieren, sagt Theaterleiter Stüßel. Als vor einigen Jahren in Friedenau ein Rabbiner von

mehreren Jugendlichen angegriffen und antisemitisch beschimpft worden war und sich ähnliche Taten wiederholten, setzte das Theater eine moderne Vision von Lessings „Nathan der Weise“ auf den Spielplan, um mit den Jugendlichen über Toleranz, Glaube, Vernunft und Identität zu sprechen.

Preisgekrönt ist das Stück KLASSE KLASSE – ein Masken-Theater, das ohne Worte aber mit viel Phantasie auskommt. In einer dynamischen Collage werden die Konflikte einer Schulklasse mit Musik, Witz und Poesie geschildert. Ganz ohne Worte entwickelt das Stück eine eigene Ästhetik, weil es

ganz neue Erfahrungen mit dem Theater zulässt. Und es kommt bei den jungen Besuchern aus deshalb gut an, weil die Bühne keine Sprachbarriere hat.

So freuen sich geflüchtete Jugendliche aus Willkommens-Klassen oft ganz besonders über dieses Stück. Die Erfahrungen machen dem Theater Mut, sich immer wieder an Neues zu wagen und beispielweise auch Tanz-Theater-Stücke zu inszenieren.

Dabei ist den Theatermachern der enge Kontakt zum jugendlichen Publikum ebenso wichtig wie vielfältige Kooperationen mit Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und zuletzt sogar mit dem Jobcenter. Und natürlich gibt es auch Theaterworkshops und öffentliche Proben. Auch deshalb ist die Bühne wohl so erfolgreich. Seit 28 Jahren spielt das THEATER STRAHL für Jugendliche und mit ihnen. Begonnen hat es mit ein paar Tausend Mark der dezentralen Kulturarbeit in Schöneberg als Startkapital. Hauptspielstätte ist seit 1993 das Jugend-Kulturzentrum „Die weiße Rose“. Das Theater ist ein Stück Schöneberger Geschichte und prägt seine Identität. Und das THEATER STRAHL ist

ein Botschafter für unseren Bezirk: Bei internationalen Auftritten überreichen Ensemble-Mitglieder eine Porzellantasse mit dem Bezirkswappen.

Heute gehört STRAHL neben dem GRIPS-Theater in Tiergarten und dem staatlichen Theater an der Parkaue in Lichtenberg zu den drei großen Jugendbühnen in der Stadt. Ihre derzeit zwölf Stücke müssen die Schauspieler aber an sechs verschiedenen Standorten spielen, und so gibt es den dringenden Wunsch nach einem größeren Haus.

Das Theater möchte an einen Standort am Ostkreuz in Friedrichshain umziehen. Noch fehlen dafür knapp vier Millionen Euro.

Für Schöneberg wäre der Weggang des erfolgreichen Theaters ein herber Verlust. Also Grund genug für die Kommunalpolitik nach einem Standort im Bezirk zu suchen und die erfolgreiche Schöneberger Geschichte fortzuschreiben. Oder?

Ingo Siebert

THEATER STRAHL

www.theater-strahl.de
tickets@theater-strahl.de
Telefon 030 69042218

GASTFAMILIEN GESUCHT

Vom 22. August 2015 an werden Gastfamilien für 17- bis 18-jährige AbsolventInnen von US-High Schools gesucht. Die jungen AmerikanerInnen kommen im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts Programm mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages nach Berlin. Zehn Monate lang werden die jungen Leute in Berlin zur Schule gehen beziehungsweise Berufspraktika absolvieren. Interessierte können sich direkt an die verantwortliche ehrenamtliche Betreuerin Grit Kümmele unter Tel.: 0176 628 025 69 oder PPP-Kuemmele@gmx.de wenden. Weitere Informationen sind auf der Internetseite der Austauschorganisation Open Door International e.V. unter www.opendoorinternational.de zu finden.

Demokratie muss man leben

An der Torgauer Straße in der ehemaligen Kohlenhandlung soll ein Lern- und Gedenkort entstehen, der den zivilen Widerstand (in Deutschland) gegen die Nationalsozialisten würdigt und gleichzeitig ein Ort des Lernens für alle Interessierten ist, wie aktive Teilhabe in der heutigen demokratischen Gesellschaft ausgestaltet werden kann.

An diesem Ort wurde Geschichte gemacht, hier wurden in Diskussionen die wesentlichen, noch heute die bundesrepublikanische demokratische Gesellschaft prägenden Grundpfeiler der (heutigen) Wirtschafts- und Sozialordnung entwickelt. Theodor Heuss, der spätere Bundespräsident, schrieb später an Annedore Leber über diese Zeit: „Die zwei kleinen Zimmer in dem fragwürdigen Häuschen zwischen den Kohlenbergen waren eine rechte Verschwörerbude. Manchmal klingelte es an der äußeren Tür, und Leber musste dann wohl in den vorderen Raum, um einen Kunden zu trösten. Aber in der Hinterstube, auf verhockten Sesseln, hatte die politische Leidenschaft ihre Herberge.“

Auch der Lern- und Gedenkort selbst ist ein Beispiel von großem zivilgesellschaftlichem Engagement. Der Arbeitskreis beim Stadtteilverein Schöneberg, der in langen Sitzungen mit vielen engagierten Menschen ein Konzept für den Lern- und Gedenkort entwickelt hat, wird von der Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung in seinem Anliegen unterstützt. Dieser Lern- und Gedenkort hat landes- und bundespolitische Bedeutung und braucht vielfältige Unterstützung über den Bezirk hinaus - aber eben auch die Unterstützung aller im Bezirk und im Bezirksamt. Der Lern- und Gedenkort ist ein überparteiliches Projekt für eine aktive und breit getragene Demokratie. Es wird Zeit, dass nicht nur Orte der Täter - wie der Schwerbelastungskörper oder das KZ Papestraße - Gedenkstätten sind sondern auch der Widerstand sichtbar wird. Damit Frauen, die wie Annedore Leber nach 45 den Aufbau der Demokratie mitgestaltetete, ihren Platz in der Geschichtserzählung bekommen.

Margrit Zauner

VERANSTALTUNG: PFLEGE GEHT UNS ALLE AN

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert, Berichterstatterin für Pflege der SPD-Fraktion und Heike Baehrens, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit laden ein zur **Fraktion vor Ort** Veranstaltung zum Thema „Pflege geht uns alle an“. Themen u. a.: rechtliche Regelungen Pflegebefürhtigkeit, neue Wohnformen, Recht auf Beratung

Dienstag, 16. Juni, 19:30 Uhr

AHB - Nachbarschafts- und Familienzentrum, Finchleystraße 10, 12305 Berlin | Lichtenrade
Um **Rückmeldung nur bei Teilnahme** wird bis zum 12.06.2015 gebeten: mechthild.rawert@bundestag.de
Telefon 030 227-73750

FÜR SIE VOR ORT

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Hauptstr. 100,
10827 Berlin (Schöneberg)
Tel: 030 7812283
Fax: 030 78001217
kreis.templehof-schoeneberg@spd.de
spd-templehof-schoeneberg.de

BUNDESTAGSABGEORDNETE - WAHLKREISBÜRO

Mechthild Rawert
Friedrich-Wilhelm-Str. 86,
12099 Berlin (Tempelhof)
Tel: 030 72013884
Fax: 030 72013994
mechthild.rawert.wk@bundestag.de
www.mechthild-rawert.de

ABGEORDNETE BERLIN - WAHLKREISBÜROS

Dilek Kolat | Friedenau
Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
Tel: 030 91502700
www.dilek-kolat.com
Michael Müller | Tempelhof
Manfred-von-Richth.-Str. 19,
12101 Berlin
Tel: 030 81828330
www.michael-mueller-spd.de
Lars Oberg | Schöneberg
Hauptstr. 8, 10827 Berlin
Tel: 030 30362103
www.lars-oberg.de
Frank Zimmermann | Mariendorf
Eisenacher Straße 72, 12109 B
Tel: 030 70781714
www.frank-zimmermann.net



Das preisgekrönte Stück „Klasse Klasse“ im Theater Strahl - ohne Worte aber mit viel Phantasie. Jugendliche kommen so ganz ohne Sprachbarriere zu neuen Erfahrungen mit dem Theater. Bild: Theater Strahl/Jörg Metzner